

# Die Woche im Bundestag



**CDU/CSU** Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

## Beim Diesel endlich zu Lösung kommen

Am Wochenende hat im Bundeskanzleramt ein Treffen der Bundesregierung mit Vertretern der deutschen Automobilunternehmen stattgefunden, um über die Dieselpromatik zu beraten. Unsere Ziele sind klar: Wir können die Dieselfahrer nicht allein lassen. Wir wollen Fahrverbote in den Innenstädten vermeiden. Wir stehen zur Automobilindustrie in unserem Land, wollen aber, dass die Automobilhersteller ihren Teil der Verantwortung tragen. Das gilt vor allem für die Hersteller, denen Abgasmanipulationen zur Last gelegt werden.



Dabei darf die Frage der Abgasmanipulationen nicht mit der Frage von Fahrverboten vermischt

werden. Fahrverbote können auch rechtmäßig zugelassene Dieselfahrzeuge treffen. Es ist die Summe an Stickstoffdioxid-Emissionen (NO<sub>2</sub>) einzelner PKW, welche die Grenzwertüberschreitungen verursachen. Das Viel wäre schon gewonnen, wenn die zuständigen Behörden neue Luftreinhaltepläne erarbeiten würden. Denn in vielen Bereichen ist die Luft besser geworden. Die neuen Daten sind aber noch nicht in die Luftreinhaltepläne eingeflossen. Die viel diskutierte Hardware-Nachrüstung ist übrigens auch keine Patentlösung. Viele Fahrzeuge sind schlicht nicht nachrüstbar. Zur Klärung dieser Fragen und zur Erarbeitung eines Lösungskonzepts laufen diese Woche viele Gespräche innerhalb der Bundesregierung und mit der Automobilindustrie. Am kommenden Montag wird sich der Koalitionsausschuss damit befassen.

## Brinkhaus ist neuer Fraktionsvorsitzender

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat einen neuen Vorsitzenden: Die Abgeordneten wählten Ralph Brinkhaus mit 125 Stimmen (52,7 Prozent) zu ihrem neuen Vorsitzenden. Auf Volker Kauder, den bisherigen Amtsinhaber, entfielen 112 Stimmen (47,3 Prozent).

Volker Kauder war 13 Jahre sehr erfolgreich Fraktionsvorsitzender der Union im Deutschen Bundestag. So lange, wie kein anderer vor ihm. Dafür gebührt ihm unser herzlicher Dank.

Auch weitere Fraktionsämter wurden für den Rest der Legislaturperiode neu gewählt. Dabei wurden aus Sicht der Landesgruppe Gitta Connemann als stellvertretende Fraktionsvorsitzende,



Dr. Mathias Middelberg, Albert Stegemann, Henning Otte und Elisabeth Motschmann als Vorsitzende ihrer jeweiligen Arbeitsgruppe, sowie die Obleute Dr. André Berghegger, Andreas Mattfeldt und Maik Beerermann wiedergewählt.

Auch der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Grosse-Brömer, wird auf Vorschlag von Ralph Brinkhaus wieder für dieses Amt kandidieren. Damit wird deutlich, dass die Fraktion geschlossen ihre Arbeit fortsetzen und für unser Land eine gute und verlässliche Politik machen wird.

# Chance für bessere Netzabdeckung auf dem Land nutzen



**Gitta Connemann MdB**

Telefonieren ohne Unterbrechung oder Videos auf dem Handy – davon können ländliche Regionen nur träumen. Auch im Emsland reiht sich

Funkloch an Funkloch. Es fehlt eine flächendeckende Netzabdeckung. Dies könnte sich mit dem neuen Mobilfunkstandard 5G ändern. Die Frequenzen dafür sollen 2019 versteigert werden. Nun hat die Bundesnetzagentur dafür die Eckpunkte vorgelegt. Die Netzbetreiber sollen bis Ende 2022 mindestens 98 Prozent der Haushalte in jedem Bundesland mit mindestens 100 Megabit pro Sekunde versorgen.

Doch das geht nicht weit genug. 98 % der Haushalte - das klingt nach einer großflächigen Abdeckung. Aber die Crux liegt bei den restlichen 2 %. Das sind schwer zugängliche Haushalte in ländlichen Regionen wie bei uns. Der Ausbau

rechnet sich dort kaum. Das zweite Problem: auch die Verkehrswege müssen berücksichtigt werden. Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen brauchen Empfang, damit die Fahrten durch das digitale Niemandsland enden.“  
Aktuellen Zahlen zufolge beträgt die Mobilfunkverfügbarkeit mit 4G auf Kreisstraßen derzeit nur zwischen 37 % und 80 %. Damit sind modernste Anwendungen wie das autonome Fahren nicht möglich. Das 5G-Netz wird die Weichen für neue Anwendungen in allen Bereichen stellen. LTE wird gestern. Bei der Versteigerung der 5G-Mobilfrequenzen darf deshalb nicht automatisch der Höchstbietende zum Zuge kommen. Mitentscheidend muss sein, wer die beste Flächenabdeckung garantiert.

Deshalb habe ich mich mit anderen führenden Unionspolitikern mit einem Brandbrief an den Präsidenten der Bundesnetzagentur gewandt. Die CDU/CSU-Bundesfraktion in Berlin setzt sich nicht nur für die Versorgung der Verkehrswege ein, sondern auch für die Möglichkeit, die Erfüllung der Auflagen zu kontrollieren und zu sanktionieren. Dort wo 5G drauf steht, muss auch 5G drin sein – und kein verbessertes 4G. Nur dann werden die weißen Flecken dauerhaft verschwinden – auch im Emsland.

## Mitglied in zwei neuen Enquete-Kommissionen



**Axel Knoerig MdB**

In dieser Sitzungswoche haben zwei neue Enquete-Kommissionen des Bundestages ihre Arbeit aufgenommen. Die Themen künstliche Intelligenz und berufliche Bildung sind für Niedersachsen mit Blick auf die Zukunft äußerst relevant.

In der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ werde ich als ordentliches Mitglied fungieren. Seit langem setze ich mich für die Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, gerade mit Hinblick auf die Digitalisierung, ein. Unter dem Stichwort „Berufsschule 4.0“ mache ich mich für eine moderne Ausstattung sowie die Qualifikation von Quereinsteigern für den Lehrerberuf stark. Niedersachsen hat ein dichtes Netz an Berufsschulen und weiteren Institutionen beruflicher Bildung vor allem im ländlichen Raum. Vom digitalen Wandel werden in unserer Regi-

on gerade die Branchen Mobilität, Landwirtschaft, Gesundheit und Logistik sowie die Dienstleistungen allgemein betroffen sein. Daher wollen wir die Expertise der Sachverständigen einholen, um die Berufsbildung an zukünftige Entwicklungen wie die Veränderung der betrieblichen Strukturen und Berufsbilder anzupassen.

Das lässt sich gut mit der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“, in der ich stellv. Mitglied bin, verbinden. Dieses Thema spielt in vielen Branchen Niedersachsens bereits eine große Rolle. In der Autoproduktion etwa setzt VW auf die Weiterentwicklung künstlicher Intelligenz, um das autonome Fahren, intelligente Co-Piloten und vernetzte Mobilität voranzubringen. Mit selbstfahrenden Transportern lassen sich z.B. in der Logistik Zeit und Kosten sparen. Für die Landwirtschaft gibt es in Osnabrück eine Außenstelle des Deutschen Forschungszentrums für künstliche Intelligenz – mit Fokus auf Agrarsystemtechnik und Einsatz von Robotern. Heimische Hochschulen forschen u.a. zu maschinellem Lernen, Big Data und Anwendung künstlicher Intelligenz in Lehre und Medizin. Die Enquete soll Handlungsempfehlungen zu den Auswirkungen der Technologie auf Leben, Arbeit und Wirtschaft geben.

# Maßnahmen gegen die Fachkräftedürre



**Stephan Albani MdB**

Unser Beruf ist Teil unserer Identität. Doch zunehmend ist die gewählte Antwort auf die Karrierefrage nicht final: Berufsbilder wandeln sich unter dem Einfluss tiefgreifender Veränderungen wie der Digitalisierung, was neue Ausbildungskonzepte und Weiterbildung erfordert. Diesen Wandel müssen wir politisch gestalten, denn gut ausgebildete Fachkräfte sind die Basis

unseres wirtschaftlichen Erfolges. Bereits heute gibt es Engpässe, die regional unterschiedlich ausfallen: 2017 gab es in Nordhorn bei rund 80 Prozent der offenen Stellen Besetzungsschwierigkeiten - in der Region Oldenburg-Wilhelmshaven nur bei ca. 40 Prozent!

Seit 2005 setzt die Union deshalb auf den Ausbau der Berufsbildungsinvestitionen, Qualifizierung der Lehr- und Ausbildungskräfte, zielgerichtete Programme für Schul- und Studienabbrecher sowie die Modernisierung des Rechtsrah-

mens. Eine große Herausforderung besteht in der Verzahnung von Ausbildung und Studium. Mit dem Ausbau des „Meister-BAföG“ und der rechtlichen Angleichung von Berufs- und Hochschulabschlüssen schufen wir wichtige Brücken. Künftig werden wir die berufliche Aufstiegsfortbildung im Sinne einer ‚höheren Berufsbildung‘ ausbauen und die Attraktivität von Berufslaufbahnen mit einem Innovationswettbewerb in der Berufsbildung erhöhen. Geplant sind zudem gezielte Mobilitätshilfen und ein Ausbau der Berufsorientierung. Mit dem Digitalpakt für Schulen und der ‚Initiative Berufsbildung 4.0‘ machen wir fit für die digitale Arbeitswelt von morgen. Und die Novelle des Berufsbildungsgesetzes und des Aufstiegs-BAföG schafft moderne Rahmenbedingungen für eine attraktive berufliche Bildung. Als Berichterstatter für berufliche Bildung ist mir wichtig, aus den Betroffenen auch Beteiligte zu machen. Den Anfang dieser Strategie macht die neue Enquete-Kommission zur beruflichen Bildung in einer digitalen Arbeitswelt – weitere Fachgespräche und öffentliche Debatten müssen folgen! Im Kampf gegen den Fachkräftemangel ist schließlich nicht nur ein Wandel in der Bildung, sondern auch in den Köpfen der Menschen erforderlich.

## 28 Jahre in Einheit und Freiheit



Am 3. Oktober feiern wir 28 Jahre Deutsche Einheit. Wir haben Grund genug, Stolz auf das seither Erreichte zu sein. Dafür haben Helmut Kohl und Angela Merkel als Bundeskanzler, viele Ministerpräsidenten der Union und

viele Kommunalpolitiker der CDU in den ostdeutschen Ländern sowie vor allem die Bürger gesorgt.

Der aktuelle Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit zeigt, wie viel die Menschen in Deutschland seit dem Mauerfall und dem 3. Oktober 1990 erreicht haben. Dank des solidarischen Zusammenstehens der Deutschen in Ost und West sind viele der Folgen der SED-Diktatur inzwischen überwunden oder abgemildert. Nicht zuletzt ist ein großer Erfolg, dass die Beschäftigung nun auch in den neuen Ländern stark zunimmt – inzwischen ist die Arbeitslosigkeit hier auf den Stand von 6,8 Prozent gesunken, nach 18,7 Prozent im Jahr 2005. Mit einer großen nationalen Anstrengung wurden seit 1990 Städte vor dem

Zerfall gerettet, Umweltprobleme in den Griff bekommen und eine moderne Infrastruktur geschaffen.

Es bleibt aber noch immer viel zu tun. Nun muss es darum gehen, mit gezielten Investitionen in die Forschungslandschaft, in den Mittelstand und allgemein in die Wettbewerbsfähigkeit, die noch bestehenden Unterschiede zwischen West und Ost zu überwinden. Wir müssen auch stärker die Leistungen der Menschen in den ostdeutschen Ländern würdigen, die nach der Wende gravierende Herausforderungen gerade im Berufsleben meistern mussten.

So wichtig wie die Überwindung der materiellen Folgen der vielfachen Misswirtschaft in der DDR ist für uns in der Union die Aufarbeitung des Unrechts, das Menschen unter der SED-Herrschaft erdulden mussten. Mit uns wird es auch in den nächsten Jahren kein „Schwamm drüber“ geben. So wie die Union für die dauerhafte Unterstützung etwa der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen steht, so deutlich tritt sie auch für die Belange der Opfer des Unrechts ein, wie sich auch in der neuen Initiative unserer Fraktion zur Aufarbeitung des Zwangsadoptionswesens in der DDR zeigt. Angesichts der Tatsache, dass die Herrschaft der SED inzwischen verharmlost wird, werben wir für eine intensivere Beschäftigung mit der zweiten deutschen Diktatur.

## Grundgesetzänderung



Wir wollen die bessere Ausstattung der Schulen, die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Da diese Bereiche Länderaufgaben sind, bedürfen die vorgesehenen Finanzhilfen des Bundes Grundgesetzänderungen. Diese sehen vor, dass der Bund künftig Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur bundesweit fördern darf, d.h. nicht nur für finanzschwache

Kommunen. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus ist für den Bund die Möglichkeit vorgesehen, zweckgebundene Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen zu gewähren. Überdies soll die Möglichkeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs erweitert werden. Wir brauchen im Bundestag und Bundesrat auch die Stimmen von FDP und Grünen – dabei stehen uns schwierige Verhandlungen bevor.

## Die Woche im Parlament

**Pflegepersonalstärkungsgesetz (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz–PpSG).** Wir haben in 1. Lesung eine Initiative der Bundesregierung zur Stärkung des Pflegepersonals beraten. Für den Krankenhausbereich soll künftig jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflegestelle finanziert werden. Gleichzeitig sollen künftige Tarifsteigerungen refinanziert und eine separate Pflegepersonalkostenvergütung eingeführt werden. Ab dem Jahr 2019 steht ein Finanzvolumen von bis zu 4 Mrd. Euro für den Ausbau des Krankenhausstrukturfonds bereit, mit dem wichtige Strukturentscheidungen unterstützt werden können. Darüber hinaus sieht der Gesetzesentwurf die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Krankenhäusern vor. Im Bereich der Altenpflege ist die Schaffung 13.000 neuer Stellen vorgesehen. Weiterhin sind Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie geplant sowie eine verbesserte Kommunikation zwischen Ärzten und Pflegeheimen.

**Gesetz zur Beitragsentlastung der Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versichertenentlastungsgesetz – GKV-VEG).** Wir haben in 1. Lesung einen Gesetzesentwurf zur paritätischen Finanzierung des bisherigen Zusatzbeitrages in der gesetzlichen



Krankenversicherung beraten. Ab dem 1. Januar 2019 wird der Beitrag zur Krankenversicherung damit

wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt. Dadurch müssen Arbeitnehmer monatlich bis

zu 38 Euro weniger Beiträge zahlen. Kassenreserven werden abgebaut. Der monatliche Mindestbeitrag zur Kasse für Kleinselbständige wird auf 171 Euro halbiert. Weiterhin wird etwa die Mindestbeitragsbemessungsgrundlage für hauptberuflich Selbstständige halbiert. Finanzreserven der Krankenkassen sollen zur Entlastung der Beitragszahler durch die Festlegung gesetzlicher vorgeschriebener Höchstgrenzen und Abbaumechanismen in Form der Stabilisierung oder Senkung der Zusatzbeiträge zurückgeführt werden.

**Drittes Gesetz zur Änderung des Asylgesetzes.** Wir haben in 1. Lesung einen Gesetzesentwurf beraten, der künftig Schutzsuchende zur Mitwirkung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren verpflichtet. Bisher bestanden diese Pflichten etwa zur Vorlage eines Passes oder Passersatzes sowie die Duldung einer erkennungsdienstlichen Behandlung nur im ursprünglichen Antragsverfahren. Wird diese Mitwirkungspflicht in dem spätestens drei Jahre nach der Flüchtlingsanerkennung durchzuführenden Widerrufsverfahren verletzt, soll das BAMF entweder Verwaltungszwang ausüben oder nach Aktenlage entscheiden können. So können Widerrufs- und Rücknahmeverfahren in Asylsachen effektiver bearbeitet werden.

## Daten und Fakten

**Wirtschaftsfaktor Spielebranche.** Auf der diesjährigen Computerspielemesse „Gamescom“ in Köln wurden mit Spitzenzahlen bei Besuchern und Ausstellern neue Rekorde erzielt. Über 34 Mio. Deutsche spielen gelegentlich oder regelmäßig Computer- und Videospiele. Ihr Durchschnittsalter steigt stetig und lag 2018 bei 36,1 Jahren. Der Anteil der Frauen liegt bei 47 Prozent. Beliebteste Spiele-Plattform ist mittlerweile das Mobiltelefon, noch vor dem PC. 18,2 Mio. Personen gaben an, ihr Smartphone zum Spielen zu nutzen, 17,3 Mio. nutzten ihren PC. Jeder 3. Nutzer von digitalen Spielen hat sich bereits mindestens einmal zum gemeinsamen Spiel mit Freunden und Bekannten getroffen. Angesichts der breiten Nutzung digitaler Spiele in der deutschen Gesellschaft ist es folgerichtig, dass der deutsche Markt für Computer- und Videospiele kontinuierlich wächst – um 15% von 2016 auf 2017, als 3,3 Mrd. Euro in diesem Marktsegment umgesetzt wurden. Der deutsche Marktanteil an den Spieleentwicklungen bleibt dabei gering, und fiel im Jahr 2017 auf einen Wert von 5,4%.

(Quelle: *Verband der deutschen Games-Branche* )

**CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Dr. Mathias Middelberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139

Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

Bildnachweis:

Foto Header: Tobias Koch

*Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.*